

Das Vertrauen ist erschüttert

Die „Unabhängige Patientenberatung Deutschland“ (UPD) liegt in der Hand eines privatwirtschaftlich organisierten und Pharma-nahen Unternehmens. Da bleibt die Unabhängigkeit auf der Strecke.

19.10.2018 17:19 Uhr



[Von Verena Bentele](#)

Um Entscheidungen treffen zu können, brauchen Verbraucher funktionierende und neutrale Informationen. Diese können sie etwa in Beratungen bekommen. Eine gute Beratung befähigt Menschen, selbstbestimmt zu entscheiden. Ratsuchende, also Verbraucher und Patienten, müssen auch bei einer kostenfreien Beratung auf qualitativ hohem Niveau über ihre Rechte und Handlungsoptionen informiert werden. Und sie müssen sich auf die Unabhängigkeit der Berater verlassen können, denen sie sich anvertrauen.

Seit einiger Zeit ist aber das Vertrauen in die Unabhängigkeit der größten Beratungsstelle für Patienten mit gesetzlichem Auftrag, die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD), erschüttert. Man muss jetzt erneut an der Unabhängigkeit, die die UPD im Namen trägt, zweifeln. Bis 2016 war die UPD in gemeinnütziger Trägerschaft. Nun ist sie zum zweiten Mal in Folge in der Hand eines privatwirtschaftlich organisierten Unternehmens, das teils auch für gesetzliche Krankenkassen und Pharma-Firmen tätig ist.

Was auch nicht zur Vertrauensbildung beiträgt, ist das Verschweigen dieses neuerlichen Wechsels der Trägerschaft durch die UPD und die Bundesregierung. Erst Medienrecherchen deckten diesen Wechsel auf. Darüber hinaus schlugen einige Mitglieder des UPD-Beirats Alarm wegen der qualitativ mangelhaften UPD-Beratung.

Dass die Qualität der bereitgestellten Informationen, vorsichtig ausgedrückt, nicht zufriedenstellend ist, gibt Anlass zur Sorge. Das Ganze ist enttäuschend, vor allem für die Patienten. Dass ein gewinnorientiertes, Pharma-nahes Unternehmen auch Anwalt der Patienten sein kann, sie neutral über gesundheitliche Belange berät, ist zweifelhaft. Hilfesuchende Patientinnen und Patienten müssen klar und verständlich, vor allem aber neutral und fachlich fundiert aufgeklärt werden. Die Anforderungen an gute medizinische Informationen müssen eingehalten werden. Fest steht, dass Beratungen in sensiblen Bereichen wie Gesundheit nicht in die Verantwortung von gewinnorientierten Wirtschaftsunternehmen gehören.

Der GKV-Spitzenverband, das Bundesgesundheitsministerium und der Bundestag müssen Transparenz und Qualität der UPD wieder herstellen. Das ist auch deshalb eine Pflicht, weil die UPD von den gesetzlichen Kassen mit jährlich neun Millionen Euro Versicherungsgeldern finanziert wird.

Die Autorin ist Präsidentin des Sozialverbandes VdK.